

FRIEDRICH HUBERT ESSER

Prof. Dr., Präsident des Bundesinstituts
für Berufsbildung

Berufsbildungspolitische Herausforderungen für die neue Legislaturperiode

Liebe Leserinnen und Leser,

es besteht ein breiter Konsens über die berufsbildungspolitischen Prioritäten für die neue Legislaturperiode. Die demografische Entwicklung und die Sicherung des Fachkräftebedarfs bleiben auch in den nächsten Jahren die zentralen Herausforderungen. Weitgehend einig ist sich die Community auch darin, dass Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsstellenmarkt abgebaut, die Durchlässigkeit weiter verbessert sowie die mit der Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens verbundenen Aufgaben mit besonderer Priorität verfolgt werden müssen. Darüber hinaus sollen aus Sicht des BIBB folgende Themen herausgestellt werden, bei denen unmittelbare Handlungsnotwendigkeiten bestehen:

Ausbau der Berufsbildungsforschung: Gute Berufsbildungspolitik braucht eine ebenso gute Wissensbasis! Hochwertige Berufsbildungsforschung muss gerade auch im Verhältnis zur allgemeinen Bildungsforschung deutlich mehr Anerkennung im Rahmen der Forschungspolitik erfahren. Gezielte Förderung von Doktoranden sowie der Ausbau der Forschungsnetzwerke fehlen für die berufliche Bildung ebenso, wie viele drängende Forschungsaufgaben an Hochschulen und in wissenschaftlichen Einrichtungen aufgrund der unzureichenden Mittelsituation nicht angegangen werden können. Erforderlich ist daher ein Programm zur Förderung und zum Ausbau der Berufsbildungsforschung – nicht zuletzt, um dem herausragenden Stellenwert der Berufsbildung für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft wirklich gerecht zu werden!

Überbetriebliche Berufsbildungszentren zukunftsfähig machen: BMBF und BMWi fördern seit 1973 rund 1000 überbetriebliche Berufsbildungszentren. Ihre Bedeutung zur Aufrechterhaltung einer hohen Qualität in Aus- und Weiterbildung nimmt für die Zukunft eher zu denn ab. Gerade aus der demografischen Entwicklung heraus erwachsen jedoch erhebliche Reorganisationserfordernisse. Gefordert sind entsprechende Strategien zur Konzentration der Infrastruktur in Richtung eines bundesweit tragfähigen und bedarfsorientierten Netzwerks. Dazu muss der bisherige Mit-

telansatz auch für die kommenden Haushaltsjahre beibehalten werden!

Berufsorientierung auch in Zukunft praxisnah gestalten:

Die erfolgreiche Umsetzung des Berufsorientierungsprogramms der Bundesregierung macht deutlich, dass früh einsetzende und praxisnahe Berufsorientierung zur Verbesserung der Berufswahlkompetenz und zur Stärkung der Ausbildungsreife der Jugendlichen beiträgt. Nur so gelingt die Umsetzung des Grundsatzes: Prävention geht vor Reparatur! Bislang durchliefen rund 600 000 Schülerinnen und Schüler dieses Programm. Um diesen Ansatz nachhaltig und bundesweit im Bildungssystem zu implementieren, müssen sich Bund und Länder verständigen, dass auf lange Sicht eine flächendeckende Ausweitung des Programms und Angebote für alle Schüler/-innen der Sekundarstufe I gewährleistet werden können!

Internationalisierung der Berufsbildung ausbauen: Das weltweite Interesse an der Übernahme dualer Systemelemente wächst. Die Nachfrage danach besteht nicht nur aufseiten ausländischer Regierungen oder Institutionen, sondern zunehmend auch von deutschen Unternehmen im Ausland. Die damit verbundene Dynamik unterstreicht die wachsende Bedeutung internationaler Vernetzung und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung. Darüber hinaus entwickelt sich die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu einem wichtigen Ansatz zur Bekämpfung des erwarteten Fachkräftemangels in Deutschland. Das BIBB unterstützt mit dem durch das BMBF geförderten Aufbau der Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation sowie den Dienstleistungen im Rahmen des Portals „Anerkennung in Deutschland“ die angeführten Internationalisierungsbestrebungen. Im Sinne der Fortsetzung dieses Prozesses muss zum einen dafür Sorge getragen werden, dass sich der Aufbau der Zentralstelle über drei Jahre in der neuen Legislaturperiode planmäßig vollziehen kann. Zum anderen sind die Bemühungen fortzusetzen, das Anerkennungsportal zu verstetigen sowie eine nachhaltige Umsetzung des Anerkennungsgesetzes anzustreben! ■